



Geschlechterverteilung in politischen Ämtern in Deutschland

Dominieren in der Politik wirklich Männer und wenn dem so wäre, ist das ein Problem?

In der Bundesrepublik Deutschland leben insgesamt **83,1 Millionen** Menschen. Davon sind **42.1 Millionen** Frauen, was **50,7%** entspricht und **41 Millionen** Männer, was **49,3%** entspricht. Es leben also mehr Frauen in Deutschland.

In der Politik sind jedoch in höherem Maße Männer vertreten, und das nicht nur im deutschen Bundestag, sondern auch in allen anderen nationalen Parlamenten in der EU: Spanien, Finnland, Schweden und Norwegen haben hier noch einen vergleichsweise hohen Frauenanteil von **41** bis zu **47,4%**. Deutschland liegt mit **30,7%** knapp über dem Mittelwert in Europa, der **28,7%** beträgt.

In der Bundesregierung sind von den insgesamt 16 Mitgliedern sieben Frauen, das sind 43,5%. Auf Landesebene sieht es ähnlich aus. Auch hier dominieren die Männer. Von den 160 festen Sitzen des hessischen Landtags sind 55 Sitze von Frauen besetzt, was 34,4% entspricht. Auch die Landesregierung besteht etwa zu einem Drittel aus Frauen.

Und auch auf kommunaler Ebene – etwa in der hessischen Region zwischen Taunus und Rheingau – kann man ein ähnliches Bild erkennen. Im Weinort Eltville sind die Stadtverordneten vor allem Männer, gerade einmal sieben der 37 Mitgliedern sind Frauen. Ob im ländlichen Hünstetten oder in der hessischen Landes-

hauptstadt: **Frauen sind in der Minderheit.**

Aber ist dieser Zustand nun ein Problem? Die einen verneinen dies, denn jeder könne sich in Deutschland zur Wahl stellen und gewählt werden. Möchte man also in der Politik mitwirken, ist dies für Frauen und Männer rechtlich in gleicher Weise möglich. Sollten diese nun nicht gewählt werden, ist dieser Zustand kein Problem, sondern einfach das demokratische Wahlergebnis. Andere wiederum sagen, dass die geringen Frauenanteile in Exekutive und Legislative nicht die deutsche Bevölkerung repräsentiere, da diese ja mehrheitlich aus Frauen bestehe und so Frauen in politischen Ämtern mindestens zu 50% vertreten sein sollten.

Geht man nun von einem problematischen Zustand aus, gibt es verschiedene Lösungsansätze und Vorschläge. Ein Ansatz wäre laut der Politikwissenschaftlerin Lukoschat junge Talente gezielt zu fördern, ihnen mehr Mentoring-Programme zu Verfügung zu stellen und den Austausch von Bürgermeisterinnen und Landrätinnen über Regionen hinweg zu ermöglichen. Zudem ist sie der Meinung, dass Kommunen für flexiblere Arbeitszeiten sorgen sollten. Außerdem müsste sich laut Lukoschat auch etwas daran ändern, wie Politik ganz konkret vor Ort gemacht wird: Wann werden Sitzungen angesetzt? Wie lange diese Sitzungen dauern? Könnten eventuell Skype-Konferenzen auch mal Präsenzsitzungen vor Ort ersetzen? Und auch Elternzeit-Vertretungen

für Bürgermeisterinnen oder Jobsharing wären mögliche Ansätze, die Situation für Frauen zu verbessern. Sie sagt außerdem: „Frauen, fangt rechtzeitig an euch zu vernetzen. Und traut euch, nach Macht zu streben!“

Ein weiterer Lösungsvorschlag ist das Paritätsgesetz. Dieses gibt es in Brandenburg schon und sieht vor, dass Parteien bei Landtagswahlen in Zukunft jeden zweiten Listenplatz mit Frauen besetzen müssen. Vielleicht könnte man sich auch ein Beispiel an Finnland neben. Dort wurde für alle staatlichen und kommunalen Verwaltungsinstanzen eine Quote von 40% für Frauen als auch für Männer eingeführt. Über Quoten hat auch schon Frau Widmann-Mauz, deutsche Politikerin, Mitglied der CDU und seit März 2018 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Kanzleramt, nachgedacht. Sie meint, dass Quoten in den Parteien ein Weg sein könnten, um für mehr Frauen zu sorgen und führt das Beispiel Frankreich an. Dort wurden finanziell Regelungen geschaffen, um Parteien zur Einhaltung des dortigen Paritätsgesetzes zu bewegen.

Doch die Diskussion um Frauen in der Politik ist noch lange nicht vorbei. Und ob sich etwas ändert oder nicht, werden wir wohl erst in Zukunft herausfinden.

Mehr Ursula, bitte!

Leitartikel von Emilia Hattesen

Der steinige Weg von Frauen in die Politik

Stellen sie sich einmal vor, ein Großteil der politischen Ämter wäre von Frauen bekleidet. Warum klingt das so abwegig und wie kommt es, dass im 21. Jahrhundert immer noch überwiegend das männliche Geschlecht in wichtigen politischen Ämtern vertreten ist?

Schon seit Anbeginn der Zeit haben sich Männern den Frauen überlegen gefühlt. Im Mittelalter galt die Frau aufgrund des biblischen Sündenfalls als sündhaft und weniger wert. Noch in den 50er Jahren galt das bürgerliche Ehe-Ideal, nach dem die Frau auf ihre Rolle als Mutter und Hausfrau reduziert wurde. Zwar gilt seit 100 Jahren das Wahlrecht auch für Frauen und seit 1977 ist auch im Bürgerlichen Gesetzbuch eine vollständige rechtliche Gleichstellung fixiert, doch nach wie vor gibt es keine gleiche Geschlechterverteilung in den entscheidenden gesellschaftlichen Positionen: In der Wirtschaft wie in der Politik dominieren nach wie vor Männer.

Eigentlich geht Deutschland, was die zahlenmäßige Gleichstellung in den wichtigsten politischen Ämtern angeht, mit gutem Beispiel voran. Das mächtigste Amt in Deutschland, die Bundeskanzlerin, ist von Angela Merkel besetzt. In der Bundesregierung beträgt der Frauenanteil sogar 43,8%. Wenn man beachtet, wie langwierig der Weg bis zum Frauenwahlrecht war, sehen diese Zahlen schon sehr fortschrittlich aus.

Trotzdem herrscht keine Gleichheit. Auf der Landesebene und in den Kommunen sehen die Zahlen allerdings ganz anders aus.

Im kleinen Weinort Eltville im hessischen Rheingau liegt der Frauenanteil der Stadtverordnetenversammlung bei nur 18,9%. In ganz Deutschland ist auch in keinem Landesparlament der Anteil an Frauen größer als als 38%. Stellen Frauen gut die Hälfte der Gesamtbevölkerung. Die Gleichstellung von Mann und Frau in der Politik ist also noch ausbaufähig. Andere Länder sind zahlenmäßig schon viel fortschrittlicher. Während im aktuellen Bundes-

tag nur 30,7% der Sitze von Frauen besetzt werden, liegt der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten von Spanien und Finnland bei über 47%. An diesen Zahlen sieht man, dass es andere Länder offenbar besser machen.

Historisch betrachtet, ist es wahrscheinlich kein Wunder, dass immer noch zu wenige Frauen den Mut haben, sich für ein wichtiges und verantwortungsvolles politisches Amt aufstellen zu lassen. Denn noch nie in der Geschichte standen Frauen gesetzlich oder gesellschaftlich über Männern, etwas, das Männern schon von Anfang an in die Wiege gelegt wurde. Somit scheint es auch viel einfacher und natürlicher für Männer, Verantwortung und politische Ämter zu übernehmen.

Frauen übernehmen heute oft immer noch den Hauptanteil bei der Kindererziehung. Deshalb mag es für manche Frau unvorstellbar sein, eine Mutter und gleichzeitig engagiert in der Politik zu sein. Ein gutes Gegenbeispiel ist Ursula von der Leyen. Sie ist seit dem 01.12.2019 Präsidentin der Europäischen Kommission, war früher Bundesministerin und hat dennoch sieben Kinder. Es ist also für Frauen durchaus möglich, eines der höchsten Ämter in der Politik zu erreichen, und trotzdem Kinder zu haben.

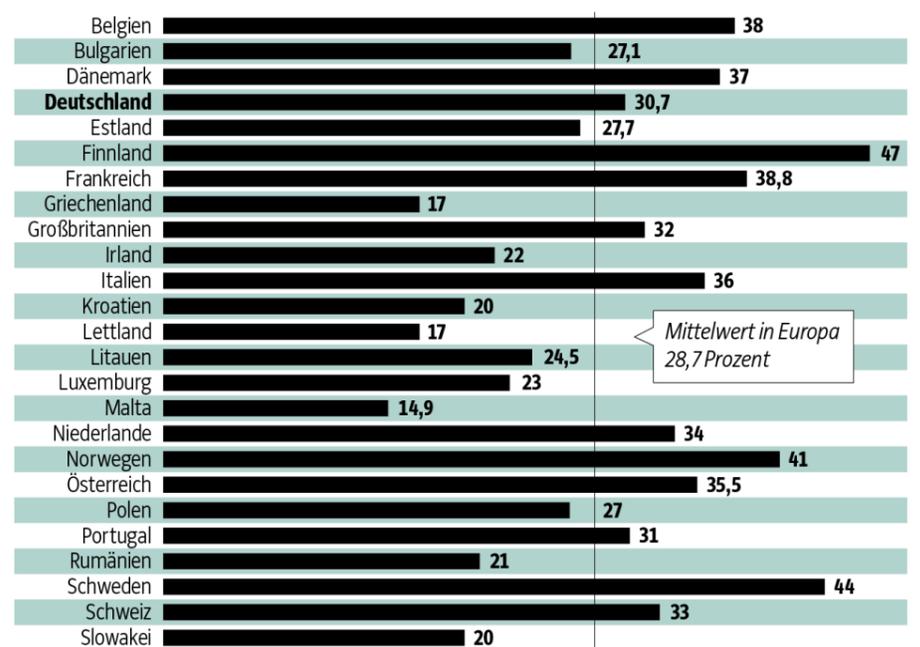
Doch wie könnte man politische Ämter für mehr Frauen attraktiver gestalten? Ein Lösungsvorschlag wären garantierte Kinderbetreuungsplätze für Politiker und Politikerinnen mit Kindern, damit sich diese intensiver, um ihren Job kümmern könnten. Das gibt es zwar im Bundestag, doch kaum auf niedrigeren politischen Ebenen. Da man aber von unten in die Politik einsteigt, liegen da schon die ersten Hürden, die Frauen nur mit familiärer Unterstützung und Hilfe von Tagesmüttern überwinden können. Eine andere Möglichkeit wäre Werbung. Werbung, in der Frauen auftreten, um ein politisches Amt für andere Frauen greifbarer darstellen.

Sicherlich kann nicht von jetzt auf gleich eine zahlenmäßige Gleichstellung von Mann und Frau in der Politik hergestellt werden. Doch schon jetzt können Frauen besser unterstützt und ihnen mehr Mut gemacht werden, ein politisches Amt zu übernehmen. Denn eigentlich, so Alice Schwarzer, „ist es schlicht und einfach das Recht der Frauen, die Hälfte der Macht für sich zu beanspruchen.“

	Frauen	Männer	beide
CDU/CSU	51	195	246
SPD	65	87	152
AfD	10	81	91
FDP	18	62	80
Die Linke	37	32	69
Bündnis 90/ Die Grünen	39	28	67
fraktionslos	1	3	4
Bundestag gesamt	221	488	709

Quelle: www.bundestag.de

Frauenanteile in den nationalen Parlamenten



Quelle: www.sueddeutsche.de

Weiterhin Schubladendenken

In einem Interview mit drei politisch engagierten Personen zum Thema: Gleichberechtigung in der Politik sind mehrmals die Schlagwörter „Schubladendenken und“ „Bereitschaft der Frauen für einen Listenplatz“ gefallen.

Interviewt wurde:

Maik Bachmann: Stellvertretender Ortsvorsteher in Hohenstein Breithardt, Partei: FWG

Lukas Bachmann: Mitglied Ortsbeirat und im Gemeindevorstand in Hohenstein Breithardt, Partei: FWG

Elke Roduis: Ortsvorsteherin in Taunusstein Neuhof Partei: CDU

Warum sind sie in die Politik gegangen?

Herr M.Bachmann: Weil ich nicht immer nur meckern, sondern selbst was bewegen wollte.

Herr L.Bachmann: Ich bin in die Politik eingestiegen, gerade weil es im Orts- und Gemeindeverband schön ist informiert zu sein. Ich wollte mich da einfach mit einbringen, um auch meine Meinung etwas mit einfließen zu lassen.

Frau E.Roduis: Um mich aktiv an der Gestaltung des politischen Lebens, in Ort und Kommune einbringen zu können.

Welche Rolle spielt für sie die Geschlechtszugehörigkeit in der Kommunalpolitik?

Herr M.B. Grundsätzlich sollte es keine entscheidende Rolle spielen, aber die Bevölkerung (Männer, Frauen, junge Menschen, Pensionäre.....) sollte sich repräsentativ in der Politik wieder finden.

Herr L.B. Die Geschlechtszugehörigkeit in der Kommunal-

politik spielt für mich keine Rolle. Leider ist unser Ortsbeirat nur von Männern besetzt. Auch die Bürgermeisterwahlen in den umliegenden Kommunen wurden nur von Männern gewonnen. Woran das liegt weiß ich nicht. Dennoch wird das relativ neutral gehalten. Bei dem Bürgermeisterwahlkampf, hier in Hohenstein haben viel gesagt: „Die Frau Hagenkötter ist schwanger, die kann das garnicht machen.“ Da wurde das alles dann doch etwas anders gesehen. Obwohl sie natürlich verheiratet ist und auch einen Mann hat der sich um das Kind kümmern kann. Aber da wurde direkt wieder in das Schubladendenken verfallen.

Frau E.R. Für mich persönlich keine. In Neuhof gab es genügend weibliche und männliche Kandidaten auf der Wahlliste. Durch das System-Kumulieren und Panaschieren-entscheidet letztendlich die Bürger, wie der Ortsbeirat besetzt ist.

Wie sind Partnerschaft/Familie, Beruf und politisches Amt zu vereinbaren?

Herr M.B. Manchmal sehr schwierig, denn auch im Beruf steigen die Anforderungen. Ohne einen toleranten Partner / in, ist es nicht möglich sich zu engagieren.

Herr L.B. Ich selbst bin nur im Gemeindeverband im Vorstand und im Ortsbeirat, da ist das sehr gut zu vereinbaren. Da wir uns nur einmal im Monat treffen, ist der Zeitaufwand relativ gering.

Frau E.R. Um das politische Amt erfüllend und zufrieden ausführen zu können, ist es unbedingt erforderlich, dass der Partner und die Familie unterstützend mithelfen. Berufliche Einschränkungen sind bei mir nicht mehr gegeben.

Welche Chancen und Probleme sehen sie für die Durchsetzung der Gleichberechtigung in der(Kommunal-) Politik?

Herr M.B. Keine anderen als im Rest der Gesellschaft.

Chance: alle Bevölkerungsgruppen sollten gut vertreten sein.

Probleme: es gibt zu wenig Frauen die sich engagieren.

Herr L.B. Probleme für die Gleichberechtigung ist das sogenannte Schubladendenken. Aber ich denke das zumindest in der Spitzenpolitik momentan ein großes Umdenken stattfindet. Nicht nur das wir schon seit Jahren eine Bundeskanzlerin haben, auch die Vorsitzenden der CDU und SPD sind im Moment Frauen. Schade ist natürlich, es gibt viele die es verstehen und das fördern möchten, aber wenige mit denen man das umsetzen kann.

Frau E. R.: In Taunusstein sehe ich keine großen Probleme was die Gleichberechtigung betrifft. Die Parlamente sind relativ Ausgeglichen besetzt.(Stadtparlament 14 Damen, 31 Herren). Seit einigen Jahren, versuchen die Parteien mehr Frauen auf die Listenplätze zu bekommen. Was nicht immer einfach ist, da sich nicht genügend Frauen dazu bereit erklären. Das trifft zumindest für die Kommunalpolitik zu.

Welche Lösungsansätze erachten sie für sinnvoll und notwendig?

Herr M.B. In der Kommunalpolitik sollte es einfach sachlicher zugehen. Die große Parteipolitik sollte hier keine Rolle spielen. Ginge es sachlicher zu würden sich evtl auch Frauen stärker engagieren.

Herr L.B. Lösungsansätze habe ich im Prinzip keine. Ich finde es falsch zu sagen, das man eine Frauenquote einführen muss, aus dem einfachen Grund, es darf nur um die Kompetenz und nicht um das Geschlecht gehen.

Frau E.R. Da die Kommunalpolitik hauptsächlich aus Ehrenamtlichen besteht, sehe ich, aus den vorgenannten Gründen, keine große Möglichkeit dies zu ändern. Es sei denn, man vergütet diese Ämter mit entsprechendem Gehalt. Dies würde aber die Haushalte entsprechend belasten. Was mit Sicherheit auf kein positives Echo in der Bevölkerung führen würde, da die Gebühren angehoben werden müssten.

Glosse Der Duft von Weihnachten

Das Eindringen in die Männerwelt hat die Frauenbewegung sicherlich erreicht. Kaum ein Beruf, den eine Frau heutzutage nicht ausüben könnte – wenn sie es denn wollte. Frauen bei der Bundeswehr, bei der Polizei und in der Politik. Und nebenher Familie und Kinder.

Manchmal habe ich doch den Eindruck, dass der Wille zählt, um etwas zu erreichen. So wie das Eindringen in die Männerwelt. Viele starke Frauen haben uns das vorgemacht und die, die das geschafft haben, mit teilweise mehr Einkommen als ihre männlichen Kollegen. Und seit wie vielen Jahren steht Frau Merkel an der zweiten Position des Landes?

Man muss allerdings fairer Weise dazu sagen, Frauen ohne Kinder. Aber es geht auch anders. Eine Frau mit vielen Kindern – vielleicht auch vielen Kinder mädchen, weil Geld keine Rolle spielt in solchen Familien – unsere neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Ich denke, es war aber hier nur der Wille, der dazu geführt hat, an diese Positionen zu gelangen – ohne Frauenquote. In den westlichen Ländern haben wir Frauen viel geschafft. Und trotzdem begehren wir immer wieder auf – jedenfalls ein bisschen. Nur 30 % wäre uns genug an Frauen in Führungspositionen.

Warum nur 30 %? Das ist wie Weihnachten mit nur einer Plätzchensorte. Aber gerade die Vielfalt der Plätzchensorten macht den Duft und den Geschmack von Weihnachten aus. Klar lassen es die Männer nicht gerne zu, dass ihnen eine Frau vor die Nase gesetzt wird. Um das zu verhindern, vergeben sie die Positionen gerne unter sich. Es ist das alte Klischee der Männerwelt. Wir Frauen wollen das ändern – aber warum nur halbherzig, warum nur 30 %. Vielleicht wollen wir es doch nicht so sehr, in den Führungspositionen zu sitzen. Vielleicht backen wir lieber die vielen Plätzchensorten.

Denn mal ehrlich. Die Aufgaben, die eine Frau jeden Tag zu bewältigen hat, sind vielschichtiger als es sich ein Mann vorstellen kann. Beruf – ohne Führungsqualität –, Familie – Tätigkeit mit viel Führungsqualität und unregelmäßiger Arbeitszeit (Mama-Taxi 24 h open) und je nach Jahreszeit, für den Duft von Weihnachten sorgen. Einfach mal so. Die Quote der Frauen, denen das jeden Tag gelingt, liegt bei 100 %. Warum also für die Führungspositionen nur 30 % fordern? Mal ganz ehrlich, weil wir doch nicht so richtig wollen. Also, wenn der Wille nicht da ist, gibt es eben nur eine Plätzchensorte an Weihnachten.

Ich lese immer von den 30 % in den Führungsetagen, die gerade so oder gar nicht erreicht werden und ich frage mich, wo sind die vielen Frauen, die gerne in Führungspositionen wollen und nicht dürfen? Man kann das alles nicht erzwingen, auch wenn die bisher wirklich erfolgreiche Frauenbewegung, das gerne hätte. Oder sind es auch dort nur die Frauen, bei denen es eben nur eine Plätzchensorte gibt an Weihnachten? Die meisten Frauen haben in unserer Gesellschaft eben die klassische Rolle (man könnte auch Führungsrolle sagen) in der Familie. Aber die, die sich mit einer Plätzchensorte zufriedengeben, schaffen es – auch ohne Frauenquote – bis nach oben. Verdienen unter Umständen dann sogar mehr als Ihre Kollegen. Aber wo bleibt dann der Duft von Weihnachten?

Leserbrief

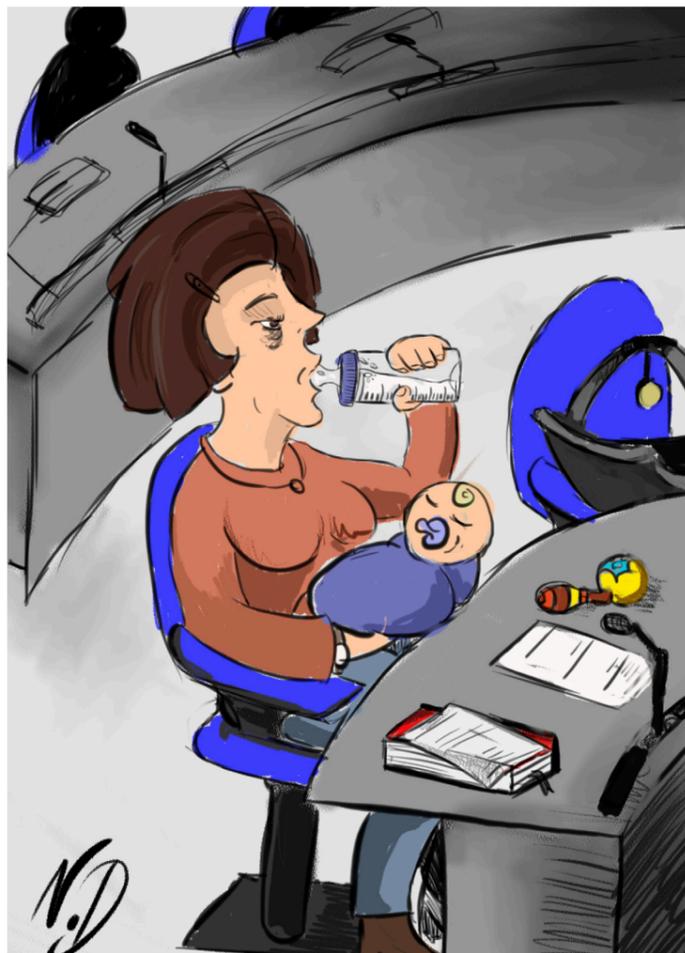
Henning Menges, Taunusstein

Zum Bericht „Geschlechterverteilung in politischen Ämtern in Deutschland“ und zum Leitartikel „Mehr Ursula, bitte!“

-Erzwungene Probleme

Meiner Meinung nach wird in diesem Artikel ein Sachverhalt, nämlich dass es in Deutschland mehr Männer als Frauen in politischen Ämtern gibt, zu einem unnötig großen Problem gemacht. Und das, obwohl diese Ämter demokratisch gewählt werden. Ich muss sagen, dass ich darin nicht wirklich eine Problematik sehe. Unser Wahlrecht in Deutschland ist absolut demokratisch. Deshalb frage ich mich eher, ob durch irgendwelche Maßnahmen, die dazu führen sollen, dass Frauen mehr Präsenz in der Politik haben, nicht unsere demokratischen Prinzipien, die wir in Deutschland haben, in Frage gestellt wird. Denn das wäre, wie ich finde, fatal.

ZUKÜNFTIGE ARBEITSBEDINGUNGEN DER FRAU IN POLITISCHEN ÄMTERN



In ihrem Text beziehen sie sich unter anderem darauf, dass in der Politik das Volk und damit auch das Geschlecht gleichermaßen vertreten sein sollten. Ich hingegen finde allerdings, dass das Volk doch durch die Demokratie, die wir hier in Deutschland haben, bestmöglich vertreten wird. Außerdem wird ein weiteres Problem mit einbezogen. Und zwar, dass Frauen durch familienunterstützende Maßnahmen mehr entlastet werden, damit sich mehr Frauen den Weg in die Politik zutrauen. An sich finde ich dieses Vorhaben nicht schlecht, allerdings würde das enorme Kosten mit sich ziehen und ich finde wir haben momentan essenziellere Probleme, als die größere Unterstützung der Familien, um einen Effekt hervorzu rufen, den es vielleicht gar nicht geben wird. Denn die genauen Gründe dafür, dass mehr Männer als Frauen den Weg in die Politik wählen, wissen wir schlicht und ergreifend nicht. Man sollte sich hier also die Frage stellen, ob man das Geld doch lieber in die, aus meiner Sicht, gesellschaftlich wichtigeren Probleme steckt. Da wäre zum Beispiel die Problematik des Klimawandels, welcher wirklich erschreckende Folgen haben könnte. Und das für uns alle.